

23/7. 1918

24

M8

Neue Grundlagen der Ernährungs- wirtschaft.

Anträge des Abgeordneten Rösche.

Zu wiederholten Malen wurde in den „Vossischen Zeitung“ der Standpunkt vertreten, daß weder ein System völliger wirtschaftlicher Freiheit, noch ein reines Zwangssystem die Grundlage unserer Ernährungswirtschaft bilden dürfe. Vielmehr wurde gefordert, „daß im Wege der Umlage den Erzeugern oder Erzeugergruppen ein bestimmtes Maß von Zwangsleistungen auferlegt, dann aber als Belohnung für die Erfüllung der staatlichen Zwangspflichten auch eine gewisse wirtschaftliche Freiheit gewährt werden solle“. Von ähnlichen Gesichtspunkten geht ein Antrag aus, den der konservative Abgeordnete Rösche am 13. Mai im Reichstagsauschuß eingebracht hat. Er stellt unter eingehender Begründung folgende Forderungen auf:

1. Das Reich soll nur (x) Millionen Tonnen Getreide beschlagnahmen und durch Brotkarten nur diejenigen Teile der Bevölkerung damit versorgen, die mit diesem Quantum täglich mit x Gramm Brot bei Streckung des Brotes in der bisherigen üblichen Form versorgt werden können, und zwar zu einem dem bisherigen Preise entsprechenden Preise. Versorgt wird zunächst die Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen. Das übrige Brotgetreide ist völlig freizugeben.

2. Für die Kartoffeln ist das Lieferungsprinzip des Frühjahr 1918 anzuwenden. Der Grundsatz muß sein, daß die Kartoffeln, die durch die Lieferungsverträge für das Reich sichergestellt werden, so hoch im Preise stehen, daß der Landwirt das volle sekundäre Interesse hat, vor allem das Reich zu beliefern. Einen Ausgleich des Preises zur billigeren Abgabe an die unbemittelte Bevölkerung hat das Reich in geeigneter Weise herbeizuführen. Das durch Lieferungsverträge festzulegende Quantum ist so zu berechnen, daß pro Tag und Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung ein Pfund Kartoffeln gesichert ist. Im Übrigen bleibt die Kartoffel von jeglicher Bewirtschaftung frei.

3. Die Milchpreise sind gemäß den heutigen Produktionskosten, die bei freiem Markte berechtigten Marktpreisen entsprechen würden, zu erhöhen. Die Kommunen haben Einrichtungen zu treffen, daß die minderbemittelte Bevölkerung die Milch zu ermäßigten Preisen empfängt.

4. Die Bewirtschaftung des Viehes und Fettes bleibt zurzeit bestehen.

Obst, Gemüse, Eier bleiben von jeder Bewirtschaftung frei.

Dazu wäre noch zu bemerken, daß sich ein System, das Freiheit und Zwang in glücklicher Weise mischt, im belgischen Okkupationsgebiet seit längerer Zeit ganz ausgezeichnet bewährt hat.